

**Geschäftsordnung für
die Pfandleihanstalt:
Moise Anna Marie
Waasenplatz 1 A-8700 Leoben**

Berechtigung

§ 1. Moise Anna Marie (im folgendem kurz „Unternehmerin“ genannt) gewährt Darlehen in barem Geld gegen Verpfändung von beweglichen Sachgütern nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung in der jeweils geltenden Fassung und den als Geschäftsordnung im Sinne der Bestimmungen der Gewerbeordnung anzusehenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen (kurz: Geschäftsbedingungen).

Wahrung des Geschäftsgeheimnisses, Ausweiseistung

§ 2. (1) Der Unternehmer hat die Interessen des Pfandgebers zu wahren. Die Mitarbeiter und Experten des Unternehmers sind hinsichtlich der Person des Pfandgebers und der von ihm bekannt gegebenen Daten gemäß § 155 der Gewerbeordnung idF Novelle 2002 zur strengsten Verschwiegenheit verpflichtet.

(2) Der Pfandgeber ist zur Ausweiseistung zu verhalten, wenn er Gegenstände zur Verpfändung anbietet, bei denen begründete Bedenken hinsichtlich der Rechtmäßigkeit des Besitzes oder der Verfügungsberechtigung bestehen. Bei Verdacht einer strafbaren Handlung ist die Sicherheitsbehörde auf dem schnellsten Wege zu verständigen

Verpfändung durch Minderjährige/ Öffnungszeiten

§ 3. (1) Von Personen unter 18 Jahren dürfen Pfänder auch dann nicht angenommen werden, wenn sie nur als Boten handeln. (2) Die für die Belehnung geltenden Öffnungszeiten sind in den Geschäftsräumen durch Aushang zu veröffentlichen.

Herausgabe gutgläubig übernommener Pfänder

§ 4. (1) Falls Gegenstände ohne Wissen und Willen des Eigentümers verpfändet und vom Unternehmer gutgläubig übernommen wurden, ist der Unternehmer nur im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen verpflichtet solche Pfänder herauszugeben.

(2) Bei der Herausgabe widerrechtlich verpfändeter Gegenstände kann der Unternehmer in berücksichtigungswürdigen Fällen die Entschädigung teilweise oder zur Gänze erlassen.

Annahme und Ablehnung von Pfändern

§ 5. (1) Als Pfänder können bewegliche Sachen aller Art, mit Ausnahme der in § 6 angeführten Gegenstände angenommen werden.

Von der Belehnung ausgeschlossene Gegenstände

§ 6. Von der Belehnung sind ausgeschlossen: a) Gegenstände, deren Belehnung aufgrund von Rechtsvorschriften unzulässig ist, hierzu gehören insbesondere:

1. Militärwaffen und verbotene Waffen
 2. Pfandscheine
 3. Kreuzpartikel und Reliquien, nicht aber deren Behälter
 4. Rückstellungspflichtige Orden und sonstige Auszeichnungen, sofern nicht der Eigentumsnachweis erbracht wird.
 5. Gefährliche Güter (explosive, ätzende, leicht entflammbare, ansteckungsgefährliche oder radioactive Stoffe, Gase, Gifte oder dergleichen)
- b) Gegenstände, die nach den Umständen des Falles den Verdacht erwecken, dass sie entwendet, veruntreut oder geschmuggelt sind sowie sämtliche durch behördliche Mitteilungen als entfremdet bekannt gegebenen Gegenständen.
- c) Gegenstände, die gegen Eigentumsvorbehalt verkauft oder verliehen wurden und gemäß einer mit dem Unternehmer getroffenen Vereinbarung gekennzeichnet sind, sofern nicht das Einverständnis des Eigentümers nachgewiesen wird.
- d) Gegenstände, die nach anderen Rechtsvorschriften nicht in den Verkehr gebracht werden dürfen.

Bemessung des Darlehens

§ 7. (1) Die Höhe des Darlehens wird von den Sachverständigen des Unternehmens bestimmt. Wegen der Möglichkeit des Verfalls mit anschließender Verwertung des Pfandes unter Einbeziehung aller Gebühren wird das Darlehen regelmäßig geringer festgesetzt als der Wert des Pfandes ist.

(2) Wegen der Festsetzung des Darlehens sowie des Versicherungswertes (§ 28 Abs. 2) kann der Unternehmer von Dritten für einen bestimmten Wert des Pfandgegenstandes nicht haftbar gemacht werden. Dem Pfandgeber steht es frei, ein geringeres als das dem Pfandwert entsprechenden Darlehen in Anspruch zu nehmen, sofern es nicht unter einem dem Unternehmer gesetzlichen Mindestbetrag liegt.

Pfandleihbuch

§ 8. (1) Jede Belehnung ist im Pfandleihbuch zu verzeichnen.

(2) Das Pfandleihbuch muss für jeden Geschäftsfall folgende Angaben enthalten:

1. das Datum der Belehnung
2. die laufende Pfandnummer
3. im Falle von Umsetzungen die vorhergehende Pfandnummer
4. die Beschreibung des Pfandes
5. die Höhe des Darlehens
6. die Höhe etwaiger Mehrbeträge oder Darlehensrückzahlungen
7. den Versicherungswert, sofern er das Eineinhalbfache des Darlehens übersteigt

8. das Datum der Auslösung, Umsetzung oder Einlieferung zur Verwertung
9. der Verfallstag

- (3) Das Pfandleihbuch kann auch in elektronischer Form oder in Karteiform geführt werden.
Die Hard- und Software, die zum Führen automationsunterstützter Pfandleihbücher verwendet wird, muss gewährleisten, dass jederzeit Ausdrücke von gespeicherten Daten hergestellt werden können und die Daten gesichert werden.
- (4) Eintragungen im Pfandleihbuch müssen leserlich und dauerhaft erfolgen. Das Pfandleihbuch ist gesichert zu verwahren und muss mindestens sieben Jahre aufbewahrt werden.
- (5) In Falle der Endigung der Gewerbeberechtigung sind die Pfandleihbücher an die Bezirksverwaltungsbehörde, im Wirkungsbereich einer Bundespolizeibehörde an diese Behörde, abzuliefern.

Pfandschein

§ 9. Dem Pfandgeber ist für jede Belehnung ein Pfandschein auch für die Prolongation (§17) auszustellen. Die Daten des Pfandscheines müssen mit dem Eintrag in dem Pfandbuch übereinstimmen. Der Pfandschein hat jedenfalls zu enthalten:

1. Firma und Adresse der belehnenden Geschäftsstelle
2. die laufende Pfandnummer
3. den Belehnungs- und Verfallstag (Laufzeit)
4. die Beschreibung des Pfandes
5. den Darlehensbetrag
6. den Versicherungswert, sofern er das Eineinhalbfache des Darlehens übersteigt
7. den Hinweis auf diese Geschäftsbedingungen, insbesondere auf die Bestimmungen über den Verkauf verfallener Pfänder und auf die Bestimmungen für die Ermittlung der Höhe der Gebühren
8. den Hinweis auf das Verbot des gewerbsmäßigen Ankaufes von Pfandscheinen.
9. den Hinweis für das sachl. zuständige Gericht

§ 10. Reklamationen gegen Eintragungen auf dem Pfandschein müssen bei sonstigem Ausschluss sofort bei der Übernahme des Pfandscheines vorgebracht werden. Durch die Annahme des Pfandscheines erklärt sich der Pfandgeber mit den Verpfändungsbestimmungen gemäß diesen Geschäftsbedingungen einverstanden. Diese Geschäftsbedingungen sind dem Pfandgeber schriftlich auszufolgen und allenfalls von ihm auch gegen zu zeichnen. Damit ist der Pfanddarlehensvertrag abgeschlossen.

§ 11. Die Ausübung aller Rechte aus dem Pfanddarlehensvertrag, wie Auslösung, Umsetzung (Prolongation), Behebung eines eventuellen Verwertungsüberschusses, ist an die Vorlage des Pfandscheines gebunden. Der Überbringer eines Pfandscheines wird als über das Pfand verfügungsberechtigt angesehen, doch kann der Unternehmer den Nachweis seiner Verfügungsberechtigung verlangen. - Ausnahme: Vormerkverfahren (§§28,29) es gelten aber die gleichen Voraussetzungen wie beim Überbringer eines Pfandscheines.

Auslösung

§ 12. Die Auslösung eines Pfandes erfolgt gegen Bezahlung des Pfanddarlehens und der jeweils festgesetzten Gebühren, wie Darlehenszinsen, Manipulationsgebühr, Platzgeld, Zurückziehungsgebühr sowie aller Spesen (in diesen Geschäftsbedingungen kurz Gebühren genannt) nach Eintritt des Verfalls.

Das Pfand kann auch jederzeit vorzeitig ausgelöst werden.

Gebührentarif

§ 13. Die Art und Höhe der Gebühren sowie die Bestimmungen über die Einhebung werden in einem Gebührentarif festgesetzt und durch Anschlag in den Geschäftsräumen des Unternehmers kundgetan. Der Gebührentarif bildet einen Bestandteil dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen. Falls mit Genehmigung der Gewerbebehörde eine Änderung des Gebührentarifs eintritt, so finden die geänderten Gebührensätze nur auf jene Geschäftsfälle Anwendung, die nach Inkrafttreten der Änderung abgeschlossen wurden.

Übernahme ausgelöster Pfänder

§ 14. (1) Ausgelöste Pfänder sind sofort zu übernehmen und wegzuschaffen, andernfalls erfolgt ihre Lagerung auf Kosten und Gefahr des Pfandgebers.

(2) Ausgelöste Pfänder, die nicht innerhalb eines Jahres übernommen und weggeschafft werden, können für Rechnung des Pfandgebers verwertet werden.

§ 15. Ausgelöste Pfänder sind sofort bei Übernahme auf Vollständigkeit und Mängelfreiheit zu überprüfen

Auslösung im Korrespondenzwege

§ 16. Pfänder können auch gegen Einsendung des Darlehensbetrages samt allen Gebühren im Korrespondenzwege ausgelöst werden es fallen ab diesem Tag keine weiteren Kosten an. Das Pfand selbst kann nur persönlich durch Vorlage des Pfandscheins übernommen werden.

Umsetzung (Prolongation)

§ 17. (1) Die Laufzeit eines Pfandes kann auf Verlangen des Pfandgebers gegen Rücknahme des alten und Ausstellung eines neuen Pfandscheines sowie gegen Entrichtung der hierfür vorgesehenen Gebühren verlängert werden (Umsetzung, Prolongation).

(2) Die Umsetzung kann von dem Unternehmer ohne Angabe von Gründen abgelehnt oder von einer Abzahlung eines Teiles der Darlehen abhängig gemacht werden. Die Ablehnung der Umsetzung ist während eines gerichtlichen Kraftloserklärungsverfahrens oder eines Vormerkverfahrens unzulässig.

§ 18. (1) Der Pfandgeber kann bei der Umsetzung Abzahlungen vom Darlehen leisten. Das verbleibende Darlehen darf hierbei jedoch nicht unter den vom Unternehmer festgesetzten Mindestbetrag sinken.

(2) Bei der Umsetzung kann auf Verlangen des Pfandgebers mit Zustimmung des Sachverständigen ein über das ursprüngliche Darlehen hinausgehender Mehrbetrag gewährt werden. Bei Teilbarkeit des Pfandes können Teile gegen Bezahlung des jeweiligen Teils entsprechenden Anteiles des Darlehens und der Gebühr ausgelöst werden.

Umsetzung im Korrespondenzwege

§ 19. Pfänder können gegen Einsendung der Pfandscheine und der entsprechenden Gebühren auch im Korrespondenzwege umgesetzt werden. Gegen Nachnahme findet eine Umsetzung nicht statt.

Verfall und Verwertung der Pfänder

§ 20. (1) Pfänder, die bis zu dem auf dem Pfandschein vermerkten Verfallstag nicht ausgelöst werden, sind verfallen und werden nach Ablauf einer Objekt bezogenen angemessenen Nachfrist, mindestens jedoch von sechs Wochen der Verwertung zugeführt.

(2) Die Verwertung erfolgt in der Regel durch Versteigerung. Bleibt ein Pfand bei der Versteigerung ohne Anbot, so kann es auch freihändig verkauft werden.

(3) Pfänder mit Börsen- und Marktpreis werden freihändig zum laufenden Preis verwertet.

(4) Der Verbleib der zur Verwertung eingelieferter Pfänder sowie das Verwertungsergebnis müssen aus den Geschäftsbüchern jederzeit nachweisbar sein.

(5) Ort und Zeit der öffentlichen Versteigerung sind unter Bezeichnung des Pfandes und Angabe der Pfandscheinnummern durch Anschlag im Geschäftslokal gut sichtbar im Verkaufsbereich, auf der Website der Pfandleihanstalt www.auktioneum.com sowie in einem regionalen Printmedium (Bezirkszeitung o.ä.) bekanntzumachen.

§ 21. Die verfallenen Pfänder werden vor ihrer Verwertung durch einen Sachverständigen des Unternehmers einer Revision unterzogen, hierbei werden die Ausrufpreise bzw. bei Pfändern, die freihändig verwertet werden sollen, die Verkaufspreise und zwar durch Hinzurechnung der tarifmäßigen Käufer- und Verkäufergebühren sowie der Umsatzsteuer zum Veräußerungswert, den der Gegenstand in diesem Zeitpunkt besitzt, festgesetzt. Pfänder, die aus mehreren Teilen bestehen, können geteilt verwertet werden. Bei Teilung müssen die Pfänder in jedem Fall so verwertet werden, dass der bestmögliche Erlös erzielt wird.

Auflösung und Umsetzung verfallener Pfänder

§ 22. (1) Verfallene Pfänder können in der Regel spätestens am letzten Geschäftstag vor der Verwertung während der hierfür festgesetzten Öffnungszeiten ausgelöst oder umgesetzt werden.

(2) Am Tage der Verwertung kann eine Auslösung oder Umsetzung nur mehr in berücksichtigungswürdigen Fällen durch die Leitung der verwertenden Geschäftsstelle bewilligt werden.

Verwertungstermine, Zurücklegung von Pfändern

§ 23. Der Pfandgeber hat keinen Anspruch darauf, dass sein verfallenes Pfand an einen bestimmten Ort oder Tag zur Verwertung gelangt. Auf seinen Antrag kann jedoch in Ausnahmefällen die Verwertung so lange ausgesetzt werden, als der Unternehmer zustimmt.

Verwertung verfallener Pfänder

§ 24 (1) Die Verwertung des Pfandes erfolgt zunächst durch eine auf konkurrierenden Geboten basierende, öffentliche Versteigerung, bei der der Bieter mit dem höchsten Gebot den Zuschlag bekommt und zum Kauf verpflichtet ist. Der Ausrufungspreis beträgt zunächst den Schätzwert. Erfolgt darauf kein Gebot, wird neuerlich ausgerufen, wobei der Ausrufungspreis auf die Hälfte des Schätzwertes reduziert wird. Bleibt ein Pfand bei der Versteigerung ohne Anbot, kann es nach einer 24-stündigen Nachfrist, wenn es einen Börsen- oder Marktpreis hat, zum Marktpreis, ansonsten zum Schätzwert, freihändig verkauft werden.

(2) Ort und Zeit der öffentlichen Versteigerung sind unter Bezeichnung des Pfandes und Angabe der Pfandscheinnummern durch Anschlag im Geschäftslokal gut sichtbar im Verkaufsbereich, auf der Website der Pfandleihanstalt www.pfandhaus-leoben.at sowie in einem regionalen Printmedium (Bezirkszeitung o.ä.) bekanntzumachen. Die Bekanntmachung hat im Verkaufsbereich und auf der Website der Pfandleihanstalt über den gesamten Zeitraum von 2 Wochen vor dem Versteigerungstermin zu erfolgen.

(3) Nach dem Verkauf des Pfandes durch Versteigerung hat die Pfandleihanstalt dem Pfandgeber auf dessen Verlangen nach Vorlage des Pfandscheines, gegebenenfalls des Vormerkscheines, unverzüglich den für den Pfandgeber nach Abzug der Pfandschulden samt Zinsen und Nebengebühren bis zum Tag der Veräußerung sowie der Kosten des Pfandverkaufes allenfalls verbleibenden Überschuss auszufolgen.

Pfänderüberschüsse

§ 25. Der Pfandgeber hat im Falle der Verwertung eines verfallenen Pfandes Anspruch auf den nach Abzug des Pfanddarlehens samt allen Gebühren verbleibenden Überschuss.

§ 26. Wenn der Pfandgeber binnen fünf Jahren den Überschuss nicht behebt, hat ihn die Pfandleihanstalt gerichtlich zu hinterlegen.

Schadenersatz, Versicherung

§ 27 (1) Die Unternehmerin haftet dem Pfandgeber für den Verlust oder die Beschädigung des Pfandgegenstandes bei grobem Verschulden. Dieser beträgt, sofern nicht anderes auf dem Pfandschein angegeben ist, das Eineinhalbfache des Darlehens.

- (2) Die Haftung beginnt mit der Übernahme und endet mit der Auslösung des Pfandes, bei Versteigerung eines verfallenen Pfandes mit dem Zuschlag an den Käufer, bei sonstiger Verwertung mit der Veräußerung.
- (3) Im Falle der Ersatzpflicht wird bei Verlust des Pfandes der Versicherungswert, bei Beschädigung die Wertminderung, höchstens jedoch der Versicherungswert ersetzt.
- (4) Für Schäden, die durch Naturereignisse, höhere Gewalt entstehen, sowie für Wertminderungen, die sich als Folge längerer Lagerung jedoch sachgemäßer Lagerung des Pfandes ergeben, übernimmt der Unternehmer keine Haftung.
- (5) Die Unternehmerin versichert die Pfänder gegen Feuer, Einbruchsdiebstahl, Raub und gegebenenfalls gegen Transportschäden. Wenn aufgrund dieser Versicherungen der Unternehmerin Schadensersatzleistungen zufließen, werden diese zur anteilmäßigen Entschädigung der betroffenen Pfandgeber verwendet, auch wenn Unternehmer aufgrund der Bestimmungen dieser Geschäftsbestimmungen für derartige Schäden nicht haften sollte.

Verlust eines Pfandscheines, Vormerkverfahren

§ 28. (1) Gerät ein Pfandschein in Verlust, so hat der Pfandgeber der Gesellschaft und auf deren Verlangen auch der Sicherheitsbehörde sogleich mündlich oder schriftlich den Verlust anzuzeigen. Der Verlustträger muss die Daten des verlorenen Pfandscheines angeben und das Pfand genau beschreiben. Stimmt die Beschreibung mit dem belehnten Pfand und stimmen die Daten des Pfandscheines mit den Aufzeichnungen des Unternehmers überein, so wird nach Beibringung der Bestätigung über die behördliche Verlustanzeige der Verlust des Pfandscheines vorgemerkt und ein Vormerkschein ausgefertigt. Aufgrund dieses Vormerkscheines kann das Pfand umgesetzt werden.

(2) Kommt der Originalpfandschein binnen Jahresfrist vom Tage der Verlustanzeige nicht zum Vorschein, so wird das Pfand gegen Rückstellung des Vormerkscheines und Bezahlung des Darlehens samt allen Gebühren ausgefolgt, wenn es nicht etwa infolge unterlassener Umsetzung verfallen ist und das Pfand veräußert wurde. Ist das Pfand bereits verfallen und veräußert worden, so wird der etwa erzielte Überschuss ausgefolgt.

(3) Kommt der Originalpfandschein vor Ablauf eines Jahres vom Tage der Verlustanzeige an zum Vorschein, so gilt durch die Rückgabe des Vormerkscheines unter gleichzeitiger Beibringung des Originalpfandscheines die erstattete Verlustanzeige widerrufen und es kann das Pfand oder der aus dem Erlös allenfalls erzielte Überschuss gegen Beibringung des Originalpfandscheines ausgefolgt werden.

§ 29. Der Besitzer des Vormerkscheines kann nach Ablauf von 14 Tagen vom Verfalltag die vorzeitige Auflösung des Pfandes gegen Rückstellung des Vormerkscheines verlangen, wenn er außer dem Auslösungsbetrag eine Barkaution in der Höhe des Schätzwertes zur Sicherstellung allfälliger Ansprüche des Inhabers des Pfandscheines erlegt. Diese Sicherstellung wird ohne Zinsenvergütung wieder ausgefolgt, wenn binnen Jahresfrist, vom Ausstellungstage des Vormerkscheines angerechnet, der Originalpfandschein nicht zum Vorschein kommt.

Verbot der Weiterverpfändung

§ 30. Das Unternehmen ist nicht berechtigt, die ihr verpfändeten Gegenstände weiter zu verpfänden.

Einstellung und Ruhen der Gewerbeausübung

§ 31. Das Unternehmen ist verpflichtet, die Einstellung der Gewerbeausübung oder das Ruhen der Gewerbeausübung durch mehr als zwei Monate der Behörde sechs Monaten vorher anzuzeigen und durch Aushang in den Geschäftsräumen sowie einer Verlautbarung in der Wiener Zeitung, darauf hinzuweisen. Pfänder werden innerhalb der letzten sechs Wochen vor der anzuzeigenden Schließung nicht mehr angenommen. Eine Ausfolgung der Pfänder erfolgt bis 3 Monate nach der Einstellung oder dem Ruhen der Gewerbeausübung. Ein Anschluss von Pfandverträgen nach Beginn des Ruhens oder nach dem Zeitpunkt der Einstellung der Gewerbeausübung ist nicht zulässig.

Dauer des Darlehens

§ 32.

Die Pfandleihanstalt Moise Anna Marie ist nicht verpflichtet, Pfanddarlehen zu leisten, werden diese jedoch gegeben und wird mit dem Verpfänder keine andere Frist vereinbart, dann gilt das Darlehen auf die Dauer von drei Monaten als gewährt.

GEBÜHRENTARIF FÜR DEN VERSATZBETRIEB

Bei der Belehnung, Umsetzung, Auflösung bzw. bei Verwertung verfallener Pfänder sind folgende Gebühren vom Pfandgeber zu entrichten.

1. Bearbeitungsgebühr: vom Pfanddarlehen 0,50% pro Halbmonat Die Bearbeitungsgebühr ist unmittelbar zu entrichten

2. Bei der Auflösung (Umsetzung) sind zu entrichten:

Darlehenszinsen (inkl. Manipulationsgebühr) vom Pfanddarlehen 1,50% pro Halbmonat

Gebühren für Weiterbenützung von KFZ vom Pfanddarlehen 0,75% pro Halbmonat

Gebühren für Lagerung / Versicherung vom Pfanddarlehen 0,75% pro Halbmonatlich
Die Zinsen und Manipulationsgebühren werden im Nachhinein eingehoben und bis zur Auflösung, Umsetzung (Prolongation) oder Versteigerung des Pfandes halbmonatlich berechnet, wobei jeder begonnene Halbmonat voll gerechnet wird. Für Pfänder, die vor Ablauf des ersten Monats ausgelöst oder umgesetzt werden, sind die Gebühren für den ganzen Monat zu entrichten.

Bei der Umsetzung (Prolongation) beginnt die Berechnung der Darlehenszinsen und Manipulationsgebühren für die auf die Umsetzung folgende Pfandlaufzeit mit dem ersten Tag des auf den Einlagetag folgenden Kalenderhalbmonats und endet jeweils mit dem letzten Tag des

Kalenderhalbmonats, in dem eine neuerliche Umsetzung erfolgt

3. Umsetzung (Prolongation) eines Pfanddarlehens wird vom Standpunkt der Zinsen- und Gebührenbemessung wie eine Neubelehnung behandelt.

4. Zurückziehungsgebühr *) vom Darlehen 5% jedoch mindestens € 1,40

5. Versteigerungsgebühr für Pfänder 18% vom Meistgebot *)

Gebühren für freihändige Verwertung 18% vom Veräußerungswert von Pfändern **6. inkl. Umsatzsteuer bei Lagergebühr**
Differenzbesteuerung

für ausgelöste, nicht behobene Pfänder 2,4% vom Darlehensbetrag pro Monat *)

7. Bearbeitungsgebühr von Verlustanzeigen und Zurückstellung vom Verkauf *)
Pro Pfandschein € 7,20

8. Spesenersatz

Alle Spesen, die im Zusammenhang mit einem Geschäftsfall vom Pfandgeber verursacht werden wie Portogebühren und dergleichen, sind der Gesellschaft zu ersetzen.

9. Der Versicherungswert beträgt, sofern auf dem Pfandschein nichts anderes angegeben ist, das Eineinhalbfache des Darlehens.

*) einschließlich Umsatzsteuer

Ausdrücklich erwähnt wird nochmals, dass alle Spesen der gesetzlichen Umsatzsteuer unterliegen, ausdrücklich hiervon ausgenommen sind die Manipulationsgebühr und die Darlehenszinsen (unecht umsatzsteuerbefreit)

Sondereinbarungen bleiben vorbehalten.

Preisänderungen und Druckfehler vorbehalten.

Alle Gebühren beinhalten die gesetzliche Umsatzsteuer,
sofern kein besonderer Hinweis besteht.